
Presseinformation Nr. 564

2. Mai 2006

LAURISCHK: Einbürgerung bundeseinheitlich regeln

BERLIN. Zu den Berichten, wonach die Innenminister der Bundesländer Einbürgerungen teilweise länderspezifisch regeln wollen, erklärt die Sprecherin für Integration und Migration der FDP-Bundestagsfraktion, Sibylle LAURISCHK:

Ich fordere die Innenministerkonferenz auf, bundeseinheitliche Regelungen auf den Weg zu bringen. Wir werden der Aufgabe der Einbürgerung nicht gerecht, wenn jedes Bundesland eigene Regelungen zur Einbürgerung erlässt. Deutschland ist längst zu einem Einwanderungsland geworden. Die Einbürgerung steht am Ende eines Integrationsprozesses und führt zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit. Einbürgerung wie auch Zuwanderung erfordern bundeseinheitliche Lösungen. Wir werden der Aufgabe der Einbürgerung nicht gerecht, wenn wir in Deutschland einen Flickenteppich unterschiedlichster Regelungen schaffen, und sich jeder Einbürgerungsbewerber das für sich günstigste Bundesland aussuchen kann. Der jetzige Kompromiss ist lächerlich.

Dr. Christoph Steegmans
Telefon: (030) 227-52378
pressestelle@fdp-bundestag.de

Verantwortlich:
ISABELLA PFAFF

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@fdp-bundestag.de

WWW.FDP-FRAKTION.DE

Besuchen Sie den Internet-Auftritt der FDP-Bundestagsfraktion!
Modernes Design, aktuelle Informationen und kompakter Service.
www.fdp-fraktion.de Schauen Sie rein!